

# Inhaltsübersicht

Vorwort	Seite
	V
Inhaltsverzeichnis	
	IX
Abkürzungsverzeichnis	
	XXV
Literaturverzeichnis	
	XXXIII

## Teil 1: Straßenbestandsrecht

§ 1 Widmung	1
§ 2 Ein- und Umstufung .....	70
§ 3 Einziehung und Teileinziehung .....	95
§ 4 Straßenverzeichnisse .....	113

## Teil 2: Nutzungsrecht

§ 5 System des Nutzungsrechts .....	117
§ 6 Gemeingebräuch .....	119
§ 7 Anliegergebräuch .....	142
§ 8 Öffentlich-rechtliche Sondernutzung .....	152
§ 9 Privatrechtliche Gestattung .....	189

## Teil 3: Straßennachbar- und Anliegerrecht

§ 10 Anlieger- und nachbarrechtliche Regelungen .....	197
§ 11 Zufahrt und Zugang .....	198
§ 12 Anbaubeschränkungen .....	223
§ 13 Bezeichnung der Grundstücke .....	231
§ 14 Straßenleuchten .....	233
§ 15 Weitere nachbarrechtliche Beschränkungen .....	237
§ 16 Abwehr von Immissionen .....	239

## Teil 4: Straßenverkehrsrecht

§ 19 Grundlagen des Straßenverkehrsrechts .....	243
§ 20 Straßenverkehrsrechtliche Anordnungen – Allgemeiner Teil .....	248
§ 21 Verkehrsrechtliche Anordnungen im einzelnen .....	279
§ 22 Ausnahmen von verkehrsrechtlichen Vorschriften und Anordnungen .....	328
§ 23 Verbot verkehrsgefährdender Betätigungen und Ausnahmen .....	344
§ 24 Sonderrechte nach § 35 StVO .....	353
§ 25 Durchsetzung von Ge- und Verboten (Abschleppen) .....	355
§ 26 Verkehrsrechtliche Haftungsansprüche .....	366

## Teil 5: Straßenaulast, Verkehrssicherungs- und Reinigungspflichten

§ 27 Regelungsgegenstände und Abgrenzungen .....	369
§ 28 Straßenaulast .....	370
§ 29 Verkehrssicherungspflicht .....	403
§ 30 Straßenreinigung .....	453
Sachverzeichnis .....	491

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Teil 1: Straßenbestandsrecht</b>	
<b>§ 1 Widmung .....</b>	<b>1</b>
A. Widmung als Kreationsakt der öffentlichen Straße .....	1
I. Begriff der Straße .....	1
II. „Öffentliche“ Straße .....	2
1. Der Begriff „öffentliche“ .....	2
2. Widmungstheorie .....	2
3. Formen der Widmung .....	3
4. Charakter öffentlicher Straßen .....	3
III. Funktioneller Umfang der öffentlichen Straße .....	5
1. Funktionszusammenhang .....	5
2. Straßenkörper .....	6
3. Luftraum .....	10
4. Zubehör .....	11
5. Nebenanlagen .....	12
6. Nebenbetriebe .....	12
IV. Privatstraßen (tatsächlich öffentliche Straßen) .....	12
V. Gesetzgebungskompetenzen des Straßenrechts im Verhältnis zum Straßenverkehrsrecht .....	13
1. Abgrenzungsgrundsätze .....	13
2. Vorbehalt des Straßenrechts .....	14
3. Vorrang des Straßenverkehrsrechts .....	15
4. Schnittstellen .....	16
B. Widmung durch Verwaltungsakt .....	16
I. Grundlagen .....	16
II. Verfügungsbefugnis des Straßenbaulastträgers .....	17
1. Eigentum oder rechtliche Befugnis des Straßenbaulastträgers .....	17
2. Besitzerlangung .....	17
3. Zustimmung .....	18
III. Zustimmung des Straßenbaulastträgers .....	21
IV. Ermessen zur Widmung .....	21
1. Grundlagen .....	21
2. Ob-Ermessen .....	23
3. Räumlicher Umfang der Widmung .....	24
4. Inhaltlicher Umfang der Widmung .....	24
V. Verfahren .....	26
1. Widmung als Verwaltungsakt .....	26
2. Zuständigkeit .....	27
3. Verfahren .....	27
VI. Wirksamwerden der Widmung .....	28
1. Einstufung .....	28
2. Öffentliche Bekanntmachung .....	28
3. Vorhandensein der Trasse und Indienststellung .....	29
VII. Umfang der öffentlichen Straße .....	30
1. Bestimmtheit der Widmung und ihre Auslegung .....	30
2. Räumliche Ausdehnung .....	31
VIII. Nichtigkeit der Widmung .....	33
C. Widmung bei außergewöhnlichen Ereignissen (§ 6a SächsStrG) .....	33
D. Widmung in einem förmlichen Planungsverfahren .....	34
I. Übersicht .....	34

	Seite
II. Zulässige förmliche Planungsverfahren .....	34
III. Regelung im förmlichen Verfahren .....	35
1. Widmungsfiktion .....	35
2. Vorgezogene Widmung .....	37
IV. Straßenbaulastträger und Verfügungsbefugnis .....	38
V. Verkehrsübergabe und deren Bekanntgabe .....	39
E. Widmung durch öffentlich-rechtlichen Vertrag .....	39
F. Elastizität der Widmung .....	39
I. Grundgedanke .....	39
II. Voraussetzungen .....	40
1. Unerhebliche Maßnahmen .....	40
2. Verfügungsmacht des Straßenbaulastträgers .....	43
III. Verfahren .....	43
G. Alte Straßen .....	44
I. Anknüpfungspunkte .....	44
II. Alte Straßen nach Maßgabe von Straßenverzeichnissen .....	45
III. Alte Straßen als tatsächlich öffentliche Straßen .....	45
1. Saarland .....	45
2. Sachsen .....	46
IV. Alte Straßen als öffentliche Straßen im Rechtssinne .....	47
1. Allgemeine Grundsätze der Ermittlung alter Straßen im Rechtssinne .....	47
2. Länder der alten Bundesrepublik .....	49
3. Beitrittsgebiet .....	51
V. Umfang des Gemeingebrauchs .....	55
VI. Rechtsfolgen .....	55
H. Rechtsfolgen der Widmung .....	56
I. Öffentlich-rechtliche Sachherrschaft .....	56
II. Mittelbare Folgen .....	57
III. Ausgeschlossene Folgen .....	57
I. Rückständiger Grunderwerb .....	58
I. Erwerbsanspruch .....	58
II. Entschädigungsanspruch .....	59
III. Frist .....	59
IV. Verfahren .....	59
V. Entschädigung anderer Berechtigter .....	60
VI. Rückständiger Grunderwerb bei altrechtlichen Straßen im Beitrittgebiet .....	60
J. Änderung und Aufhebung der Widmung .....	62
K. Rechtsschutz .....	62
I. Klärung der Öffentlichkeit einer Straße .....	62
1. Verbindliche Klärung durch Verwaltungsakt .....	62
2. Klärung im Verwaltungsrechtsweg .....	62
3. Vorläufiger Rechtsschutz .....	63
II. Klage auf Beseitigung der Widmung .....	63
1. Überblick .....	63
2. Anfechtung der Widmung .....	64
3. Folgenbeseitigungsanspruch auf Aufhebung der Widmung .....	66
4. Inzidentprüfung einer Widmung .....	68
5. Folgenbeseitigungsanspruch bei Inanspruchnahme der Straße ohne Widmung .....	68
III. Verpflichtungsklage auf Widmung .....	68
1. Anspruch aus dem Straßenrecht .....	68
2. Anspruch auf Erschließung .....	69
<b>§ 2 Ein- und Umstufung .....</b>	<b>70</b>
A. Bedeutung der Einstufung .....	70
B. Straßenklassen .....	71
I. Übersicht .....	71

	Seite
II. Gemeinsame Kriterien .....	72
1. Überörtlicher Verkehrsbedeutung .....	72
2. Verknüpfung im Netz .....	75
3. Straßen in der geschlossenen Ortslage .....	76
4. Generell unzulässige Kriterien .....	76
5. Entscheidungsspielräume .....	77
III. Straßen des überörtlichen Verkehrs .....	78
1. Bundesfernstraßen .....	78
2. Landes-/Staatsstraßen .....	79
3. Kreisstraßen .....	80
IV. Straßen des örtlichen Verkehrs .....	81
1. Gemeindestraße .....	81
2. Sonstige öffentliche Straßen als eigene Straßenklasse .....	83
V. Regelungen in den Stadtstaaten .....	85
VI. Ortsdurchfahrt und Ortsumgehung .....	85
C. Einstufung bei Widmung .....	86
D. Gesetzliche Einstufungsentscheidung (Neuordnungen) .....	86
E. Umstufung .....	87
I. Regelungsinhalt .....	87
II. Voraussetzungen .....	88
1. Änderung der Verkehrsbedeutung .....	88
2. Unzutreffende Einstufung .....	89
3. Umstufung aus Gründen des öffentlichen Wohls .....	89
4. Weitere Voraussetzungen .....	89
III. Einvernehmliche Umstufung .....	89
IV. Aufsichtliche Umstufung .....	90
1. Umstufungen innerhalb der Straßenklassen des Landesstraßenrechts .....	90
2. Bundesstraßen .....	90
3. Charakter der Entscheidung .....	91
4. Verfahren .....	92
5. Umstufung in anderen förmlichen Verfahren .....	93
6. Umstufungsfiktion .....	93
V. Änderung des Widmungsumfangs .....	93
F. Rücknahme einer unzutreffenden Einstufung .....	93
G. Rechtsschutz .....	94
<b>§ 3 Einziehung und Teileinziehung .....</b>	<b>95</b>
A. Grundlagen .....	95
I. Begriffe .....	95
II. Abgrenzung zu strassenverkehrsrechtlichen Maßnahmen .....	96
III. Regelungsstrukturen .....	97
IV. Private Rechtspositionen .....	98
1. Rechte der Anlieger .....	98
2. Andere private Rechte .....	99
3. Rechte einer Nachbargemeinde .....	100
4. Abwägungserhebliche Belange .....	100
V. (Teil)Einziehung aus (überwiegenden) Gründen des öffentlichen Wohls .....	100
VI. Rechtsfolgenseite .....	101
VII. Unzulässige Funktion der Einziehung .....	102
B. Einziehung .....	102
I. Verlust der Verkehrsbedeutung .....	102
1. Bundesfernstrassengesetz .....	102
2. Landesstrassengesetze .....	102
II. Überwiegende Gründe des öffentlichen Wohls .....	103
III. Keine Regelung der Voraussetzungen .....	103
IV. Rechtsfolgen .....	104
V. „Elastizität“ .....	104

	Seite
C. Teileinziehung .....	105
I. (überwiegende) Gründe des öffentlichen Wohls .....	105
II. Rechtswirkungen .....	106
D. (Teil)Einziehung durch Allgemeinverfügung .....	107
I. Verfahren .....	107
II. Anordnung des Sofortvollzugs .....	108
E. Einziehung in einem förmlicher Planungsverfahren .....	108
F. Rechtsschutz .....	109
I. Anfechtung der (Teil)Einziehung .....	109
1. Zulässigkeit .....	109
2. Begründetheit .....	111
II. Klage gegen die Planungsentscheidung und auf Folgenbeseitigung durch Aufhebung der Teileinziehung .....	112
III. Verpflichtungsklage .....	112
<b>§ 4 Straßenverzeichnisse .....</b>	<b>113</b>
A. Straßen- und Bestandsverzeichnisse .....	113
B. Regelnde Bestandsverzeichnisse für altrechtliche Straßen .....	114
<b>Teil 2: Nutzungsrecht</b>	
<b>§ 5 System des Nutzungsrechts .....</b>	<b>117</b>
A. Bedeutung der straßenrechtlichen Normen .....	117
B. System des Nutzungsregimes .....	118
<b>§ 6 Gemeingebräuch .....</b>	<b>119</b>
A. Grundsätze .....	121
B. Abstrakter Gemeingebräuch .....	121
I. Inhalt der Widmungsverfügung .....	121
II. Gesetzliche Erweiterungen für Nutzung durch Träger der Daseinsvorsorge .....	122
III. Grenze des Straßenverkehrsrechts .....	123
IV. Verkehrszweck .....	124
1. Zweckbestimmung .....	124
2. Ruhender Verkehr .....	124
3. Gewerbliche Betätigungen .....	126
V. Unerwünschte Verhaltensweisen .....	127
VI. Vorrang des fließenden Verkehrs .....	127
VII. Fahren .....	128
VIII. Kommunikative Nutzungen .....	128
1. Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	128
2. Straßenrechtliche Lösungen .....	129
3. Fallgruppen erlaubnisfreier kommunikativer Nutzungen .....	130
C. Konkreter Gemeingebräuch .....	135
I. Grenze der erkennbaren tatsächlichen Beschaffenheit der Straße .....	135
II. Schranke der Gemeinverträglichkeit .....	135
D. Vorübergehende Beschränkungen des Gemeingebräuchs .....	136
E. Subjektives Recht .....	137
F. Kosten der Ausübung des Gemeingebräuchs .....	137
I. Straßennutzungsentgelte .....	137
1. Grundlagen .....	137
2. Maut .....	138
3. Parkgebühren .....	139
G. Kostenerstattung .....	140
I. Übermäßige Inanspruchnahme des Gemeingebräuchs .....	140
II. Sonstige Mehrkosten .....	142
<b>§ 7 Anliegergebräuch .....</b>	<b>142</b>
A. Verfassungsrechtlicher Ausgangspunkt .....	143
I. Zusammenhang mit Art. 14 GG .....	143

	Seite
II. Anwendungsvorgaben .....	144
1. Ermittlung der einfachrechtlichen Regelungen .....	144
2. Auslegung der vorhandenen Vorschriften .....	145
B. Gesteigerter Gemeingebräuch (erlaubnisfreier Anliegergebrauch) .....	146
I. Allgemeine Bestimmung .....	146
1. Definition .....	146
2. Positivvoraussetzungen .....	146
3. Grenze der Gemeinverträglichkeit (Negativmerkmale) .....	148
II. Einzelheiten .....	149
1. Allgemeine Nutzungen .....	149
2. Kontakt des Gewerbebetriebs nach außen .....	150
<b>§ 8 Öffentlich-rechtliche Sondernutzung .....</b>	<b>152</b>
A. Begriff .....	152
I. System der Sondernutzungen .....	152
II. Abgrenzung öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Sondernutzung .....	152
B. Sondernutzer .....	153
C. Ermessensentscheidung über Sondernutzungserlaubnis .....	154
I. Zulässige Ermessenserwägungen .....	154
1. Beschränkung auf straßenbezogene Belange .....	154
2. Straßenbezogene Belange .....	156
3. Nicht straßenbezogene Belange .....	158
II. Bedeutung der Grundrechte .....	159
1. Grundsätze .....	159
2. Wahlkampfwerbung .....	160
3. Sonstige politische Werbung .....	161
4. Religionsausübung .....	161
5. Pressefreiheit .....	161
6. Kunstmfreiheit .....	162
7. Anliegergebrauch .....	162
III. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	162
IV. Gleichheitssatz, Ermessensrichtlinien und -bindung .....	162
D. Erforderlichkeit einer zusätzlichen privaten Gestaltung .....	163
E. Sachbescheidungsinteresse .....	164
F. Inhalt der Erlaubnis .....	164
I. Zweck der Erlaubnis .....	164
II. Zuweisung eines Standorts .....	164
III. Nebenbestimmungen .....	165
1. Befristung oder Widerrufsvorbehalt .....	165
2. Sonstige Nebenbestimmungen .....	165
G. Verfahren .....	166
I. Abschließende anderweitige Regelung .....	166
II. Verhältnis zu Straßenverkehrsrechtlichen Entscheidungen .....	166
1. Konzentrationswirkung einer Gestaltung nach StVO .....	166
2. Parallelität der Gestaltungen .....	168
III. Verhältnis zur Baugenehmigung .....	168
1. Konzentrationswirkung .....	168
2. Parallelität der Gestaltungen .....	168
IV. Andere Gestaltungen .....	169
V. Verfahrensgang .....	169
1. Antrag .....	169
2. Durchführung des Verfahrens .....	170
H. Rechtsstellung und Verpflichtungen des Sondernutzers .....	170
I. Rechtsstellung .....	170
II. Verpflichtungen des Sondernutzers .....	170
1. Errichtung und Erhaltung .....	170
2. Rückbau .....	171

	Seite
I. Kosten der Ausübung der Sondernutzung .....	171
I. Sondernutzungsgebühren .....	171
1. Gebührentatbestand .....	171
2. Bemessung der Gebühren .....	173
3. Befreiung .....	176
4. Rechtsschutz .....	176
II. Verwaltungsgebühr .....	176
III. Kostenersatz .....	177
J. Entfallen der Nutzungsmöglichkeit .....	177
I. Aufhebung nach §§ 48 ff. VwVfG .....	177
1. Rücknahme .....	177
2. Widerruf .....	177
II. Hoheitliche Beendigung .....	179
III. Wegfall der Ausübungsgrundlage .....	179
K. Rechtsschutz .....	179
I. Rechtsschutz des Antragstellers .....	179
II. Rechtsschutz Dritter .....	180
1. Nachbar .....	180
2. Konkurrenzschutz .....	180
L. Sondernutzungssatzung .....	181
I. Grundsätzliche Vorgaben .....	181
II. Regelungsinhalt .....	182
1. Erlaubnisfreistellung und Verfahren .....	182
2. Maßgaben für die Erteilung der Erlaubnis .....	182
III. Rechtsschutz .....	184
M. Sondernutzungsvertrag .....	184
I. Öffentlich-rechtlicher Vertrag .....	184
II. Werbenutzungsvertrag .....	185
N. Einschreiten gegen unerlaubte Sondernutzung .....	187
I. Entscheidungsvorgaben .....	187
1. Gestrecktes Verfahren .....	187
2. Unmittelbare Ausführung .....	188
II. Anspruch Dritter auf Einschreiten .....	188
III. Zivilrechtliche Ersatzansprüche .....	189
<b>§ 9 Privatrechtliche Gestattung .....</b>	<b>189</b>
I. Tatbestände .....	189
1. Keine Beeinträchtigung des Gemeingebräuchs .....	189
2. Verlegung von öffentlichen Versorgungsleitungen .....	190
II. Entscheidung .....	191
III. Vertragliche Vereinbarung .....	192
1. Versorgungsleitung im Allgemeinen .....	192
2. Versorgungsleitungen für Elektrizität und Gas .....	195
3. Konzessionsabgaben .....	195
<b>Teil 3: Straßennachbar- und Anliegerrecht</b>	
<b>§ 10 Anlieger- und nachbarrechtliche Regelungen .....</b>	<b>197</b>
<b>§ 11 Zufahrt und Zugang .....</b>	<b>198</b>
A. Grundlagen .....	198
I. Definition von Zufahrt und Zugang .....	198
II. Regelungssystematik des FStrG und der Landesstraßengesetze .....	199
III. Angemessene Erschließung .....	200
1. Verfassungsrechtliche Ausgangslage .....	200
2. Baurechtliche Vorgaben .....	200
3. Folgerung für die straßenrechtlichen Regelungen .....	201

	Seite
<b>B. Erlaubnispflichtige Zugänge und Zufahrten .....</b>	<b>203</b>
I. Lage .....	203
II. Anlage oder Änderung .....	204
III. Erlaubnispflicht .....	205
1. Grundsätzliche Erlaubnispflicht .....	205
2. Altrechtliche Zufahrten und Zugänge .....	205
3. Zusammenhang mit Vorhaben in Anbauverbotszone .....	205
4. Flurbereinigungs- und andere förmliche Verfahren .....	206
IV. Verfahren .....	207
V. Entscheidungsvorgaben .....	207
1. Grundlagen .....	207
2. Gestattung der Zufahrt selbst .....	207
3. Anforderungen an die bauliche Gestaltung .....	208
VI. Bauverpflichtung und Kostenersatz .....	208
VII. Aufhebung der Erlaubnis einer Zufahrt .....	208
VIII. Einschreiten gegen Zufahrt ohne Erlaubnis .....	209
<b>C. Sonstige Zugänge und Zufahrten .....</b>	<b>209</b>
I. Erlaubnisfreiheit .....	209
II. Herstellung und Unterhaltung .....	211
III. Arbeiten an der Straße .....	211
IV. Kostenersatz .....	211
1. Grundsätze .....	211
2. Veränderungen der Straße .....	212
V. Unterhaltung .....	212
<b>D. Anordnungen aus Gründen der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs .....</b>	<b>213</b>
I. Spezialregelungen .....	213
II. Verfahren und Rechtsschutz .....	213
III. Regelung nur der sondernutzungspflichtigen Zufahrten und Zugänge .....	214
<b>E. Beseitigung, Unterbrechung oder Erschwerung .....</b>	<b>214</b>
I. Konstellationen .....	214
II. Änderung oder die Einziehung von Straßen .....	215
1. Widerruflich erlaubte Zufahrt oder Zugang .....	215
2. Sonstige Zufahrt oder Zugang .....	215
3. Regelungen .....	217
III. Straßenarbeiten .....	218
1. Duldungspflicht .....	218
2. Gesetzliche Entschädigungsansprüche .....	218
3. Entschädigung aus enteignungsgleichem Eingriff .....	219
4. Zusammentreffen mehrerer Maßnahmen .....	221
5. Entschädigungspflichtiger .....	221
6. Rechtsschutz .....	222
<b>F. Anliegerbelange in Planungs- und Ermessensentscheidungen .....</b>	<b>222</b>
<b>§ 12 Anbaubeschränkungen .....</b>	<b>223</b>
<b>A. Sinn und Zweck der Anbauregelungen .....</b>	<b>223</b>
<b>B. Anwendungsbereich .....</b>	<b>224</b>
I. Betroffenen Straßen .....	224
II. Errichtung von baulichen Anlagen .....	224
III. Bedeutung von Festsetzungen im Bebauungsplan .....	226
<b>C. Anbauverbot .....</b>	<b>227</b>
I. Regelung .....	227
II. Ausnahme .....	227
1. Voraussetzungen .....	227
2. Verfahren .....	228
<b>D. Anbaubeschränkungen .....</b>	<b>229</b>
I. Regelung .....	229

	Seite
II. Zustimmung .....	229
1. Voraussetzungen .....	229
2. Verfahren .....	230
E. Weitergehende Beschränkungen .....	230
F. Entschädigung .....	230
<b>§ 13 Bezeichnung der Grundstücke .....</b>	<b>231</b>
A. Grundlagen .....	231
B. Straßename .....	231
C. Hausnummern .....	232
<b>§ 14 Straßenleuchten .....</b>	<b>233</b>
A. Aufstellung .....	233
I. Zweck .....	233
II. Verkehrssicherungspflicht .....	233
III. Auswahlentscheidung .....	234
B. Abwehrrechte .....	234
<b>§ 15 Weitere nachbarrechtliche Beschränkungen .....</b>	<b>237</b>
A. Grundsätze .....	237
B. Sichtflächen an Kreuzungen .....	237
C. Duldung von Schutzeinrichtungen .....	237
D. Nicht fest verbundene Einrichtungen auf dem Anliegergrundstück .....	238
E. Bepflanzung des Straßenkörpers .....	238
F. Schutzwaldungen .....	239
G. Duldung des Aufstellens von Verkehrszeichen etc. .....	239
<b>§ 16 Abwehr von Immissionen .....</b>	<b>239</b>
A. Lärm .....	239
B. Entzug von Zutritt von Licht oder Luft .....	241
<b>Teil 4: Straßenverkehrsrecht</b>	
<b>§ 19 Grundlagen des Straßenverkehrsrechts .....</b>	<b>243</b>
A. Kompetenzrechtliche Befugnisse des Straßenverkehrsrechts .....	243
B. Öffentliche Verkehrsflächen im Sinne des Straßenverkehrsrechts .....	244
C. Aufbau .....	246
I. Struktur .....	246
II. Bedeutung der Vorschrift des § 45 StVO .....	246
III. Bedeutung der Vorschrift des § 46 StVO .....	247
D. Bedeutung der VwV-StVO .....	247
<b>§ 20 Straßenverkehrsrechtliche Anordnungen – Allgemeiner Teil .....</b>	<b>248</b>
I. Generelle Ausrichtung .....	249
II. Grundsatz: Einzelausweisung – Ausnahme: Zonenanordnung .....	250
III. Tatbestandsvoraussetzungen .....	250
1. Vorrang der speziellen Tatbestandsvoraussetzungen vor § 45 Abs. 1 S. 1 StVO .....	250
2. Gefahrenlage oder Belästigung .....	250
3. Bedeutung der Maßgaben des § 45 Abs. 9 StVO .....	252
IV. Ermessensentscheidung .....	253
1. Entscheidungsspielraum .....	253
2. Struktur der Ermessensentscheidung .....	253
3. Ermittlung der betroffenen Belange .....	255
4. Einstellung der zu berücksichtigenden Belange in den Entscheidungsvorgang .....	259
5. Grenzen des Ermessens .....	260
6. Gleichbehandlungsgrundsatz .....	264
V. Zulässige Verkehrszeichen oder -einrichtungen .....	264
VI. Bestimmtheit der Regelung (Sichtbarkeitsgrundsatz) .....	265

	Seite
B. Platzierung von Verkehrszeichen .....	266
C. Verfahren .....	266
I. Zuständigkeiten .....	266
II. Rechtswirkung der Anordnung .....	267
III. Bekanntgabe .....	267
1. Durch Verkehrszeichen oder -einrichtungen .....	267
2. Anderweitige Bekanntmachung .....	268
IV. Zusicherung .....	269
V. Aufhebung und Beseitigung des Verkehrszeichens bzw. der -einrichtung .....	269
VI. Wirksamkeit .....	269
D. Rechtsbehelfe .....	270
I. Anfechtungswiderspruch und -klage .....	270
1. Statthaftigkeit .....	270
2. Klagebefugnis .....	270
3. Frist .....	272
4. Rechtsschutzbedürfnis .....	273
5. Gerichtliche Kontrolle .....	273
6. Vorläufiger Rechtsschutz .....	275
II. Leistungsklage .....	276
III. Verpflichtungsklage .....	276
1. Statthaftigkeit .....	276
2. Klagebefugnis .....	276
3. Gerichtliche Kontrolle .....	277
4. Vorläufiger Rechtsschutz .....	278
IV. Klage der Gemeinde als untere Verkehrsbehörde gegen Aufsichts- und Wider- spruchsbehörde .....	278
E. Haftung aus Verkehrsregelungspflicht .....	278
<b>§ 21 Verkehrsrechtliche Anordnungen im einzelnen .....</b>	<b>279</b>
A. Generalklausel (§ 45 Abs. 1 S. 1 StVO) .....	281
I. Gründe der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs .....	281
II. Ermessen .....	282
III. Einzelne Maßnahmen .....	282
1. Hinweis auf Beschränkung der Widmung .....	282
2. Geschwindigkeitsbegrenzung .....	282
3. Überholverbot .....	284
4. (Teil)Sperrung einer Straße .....	284
5. Einbahnstraßenregelung .....	285
6. Entlastung von Straßen .....	285
7. Fahrradwegbenutzungspflicht .....	285
8. Verbot des Linksabbiegens .....	286
9. Sonderfahrspuren .....	286
10. Wechselzeichenanlage .....	287
B. Anordnungen im Zusammenhang mit dem Straßenzustand und Baumaßnahmen .....	287
I. Verkehrsbeschränkungen zur Durchführung von Arbeiten im Straßenraum und zur Verhütung außerordentlicher Schäden an der Straße (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 und 2 StVO) .....	287
II. Anordnungen an den Bauunternehmer (§ 45 Abs. 6 StVO) .....	288
C. Anordnungen aus Immissionsschutzgründen .....	289
I. Anordnungen zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 StVO) .....	289
1. Schutzzug und Anwendungsbereich .....	289
2. Unzumutbarkeit der Lärm- und Abgaseinwirkungen .....	290
3. Ermessen .....	295
4. Einzelne Maßnahmen .....	296
II. Gebiets- und Anlagenschutz vor Verkehrsimmissionen (§ 45 Abs. 1a StVO) .....	297
III. Ansprüche auf fehlerfreie Ermessentscheidung .....	298

	Seite
D. Anordnung zum Schutz der Gewässer und Heilquellen (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 StVO) .....	298
E. Anordnungen mit städteplanerischem Einschlag .....	299
I. Vetorecht der Gemeinde (§ 45 Abs. 1b S. 2 StVO) .....	299
II. Kennzeichnung von Bewohnerparkplätzen (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 2a StVO) .....	300
1. Grundlagen .....	300
2. Vorgaben .....	301
3. Befugnis der Straßenverkehrsbehörde .....	303
4. Planerische Vorentscheidung der Gemeinde .....	303
5. Keine strassenrechtlichen Voraussetzungen .....	305
6. Erteilung eines Bewohnerparkausweises .....	305
III. Kennzeichnung von Fußgängerzonen (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 3 StVO) .....	306
1. Straßenrechtliche Voraussetzung .....	306
2. Kennzeichnung .....	307
3. Weitere Regelungen der Straßenverkehrsbehörde .....	307
IV. Kennzeichnung von verkehrsberuhigten Bereichen (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 3 StVO) .....	308
1. Verkehrsberuhigter Bereich .....	308
2. Kennzeichnung .....	308
3. Ausgestaltung .....	310
V. Schutz der Bevölkerung vor Lärm und Abgasen (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 5 1. Alt. StVO) .....	310
VI. Anordnungen zur Unterstützung der städtebaulichen Entwicklung der Gemeinde (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 5 2. Alt. StVO) .....	311
VII. Tempo 30-Zone (§ 45 Abs. 1c StVO) .....	312
1. Inhalt der Regelung .....	312
2. Voraussetzungen .....	312
3. Sicherheit des Verkehrs .....	313
4. Ermessenserwägungen .....	314
5. Stellung der Gemeinde auf Anordnung .....	314
VIII. Verkehrsberuhigte Geschäftsbereiche (§ 45 Abs. 1d StVO) .....	315
F. Weitere Parkregelungen .....	315
I. Beschränkung von Parkplätzen; Sonderparkplätze .....	315
II. Anordnungen im Zusammenhang mit der Kennzeichnung von Parkmöglichkeiten für Schwerbehinderte mit außergewöhnlicher Gehbehinderung und Blinde (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 2 StVO) .....	315
III. Parkraumbewirtschaftung, Zonenhalteverbot .....	317
IV. Weitere Anordnungen .....	318
1. Gekennzeichnete Parkflächen .....	318
2. Sonstiges Allgemeines Halte- und Parkverbot .....	318
3. Schutz von Garagen- und Grundstückseinfahrten .....	319
4. Folgen gekennzeichneter Parkflächen .....	320
G. Allgemein sicherheitsbezogene Anordnungen .....	320
I. Anordnungen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 StVO) .....	320
II. Anordnung hinsichtlich der zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen (§ 45 Abs. 1b S. 1 Nr. 4 StVO) .....	321
III. Anordnungen im Zusammenhang mit der Einrichtung von gebührenpflichtigen Parkplätzen für Großveranstaltungen (§ 45 Abs. 1 S. 1b Nr. 1 StVO) .....	321
IV. Pannensicherung (§ 47 Abs. 7a StVO) .....	321
H. Verkehrsregelungen im Zusammenhang mit mautpflichtigen Strecken .....	321
I. Umsetzung des Verkehrsplans des Konzessionärs (§ 45 Abs. 1e StVO) .....	322
II. Unterbindung von Mautausweichverkehr .....	322
I. Erhöhung der Höchstgeschwindigkeit (§ 45 Abs. 8 StVO) .....	323
J. Weitere Anordnungen (§ 45 Abs. 3 StVO) .....	323
I. Grundlagen und Zuständigkeiten .....	323
II. Gefahrzeichen .....	324
III. Richtzeichen .....	326

	Seite
IV. Wegweiser .....	327
V. Haltestellen des ÖPNV .....	327
K. Anordnung zur Erforschung und Erprobung (§ 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 6 StVO) .....	327
<b>§ 22 Ausnahmen von verkehrsrechtlichen Vorschriften und Anordnungen .....</b>	<b>328</b>
A. Grundsätze der Ermessensentscheidung nach § 46 StVO .....	328
I. Ermessenszwecke .....	328
1. „besonders dringender Fall“ .....	328
2. Vorliegen einer Ausnahmelage .....	329
II. Weitere Ermessensgesichtspunkte .....	331
1. Straßenverkehrs- und straßenrechtliche Gesichtspunkte .....	331
2. Interessen des Antragstellers .....	332
3. Interessen von Anliegern oder Verkehrsteilnehmern .....	333
III. Sonstige Ermessengrenzen .....	333
1. Keine Schaffung von Gefährdungen der Sicherheit des Verkehrs; Gebot der Rücksichtnahme .....	333
2. Straßenrechtliche Widmung .....	334
3. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	334
4. Gleichbehandlungsgrundsatz .....	335
5. Gesichtspunkte aus anderen Fachgesetzen .....	335
IV. Nebenbestimmungen als Teil der Ermessensentscheidung (§ 46 Abs. 3 StVO) .....	336
V. Anspruch auf fehlerfreie Ermessensentscheidung .....	337
B. Ausnahmenerlaubnisse im Einzelnen .....	337
I. Vorschriften über die Straßenbenutzung (§ 46 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. § 2 StVO) .....	337
II. Halt- und Parkverbote .....	338
1. Verbote nach § 12 Abs. 3 und Abs. 4 StVO .....	338
2. Parkuhren und in Halteverbotszonen .....	338
3. Sonstige Halte- und Parkverbote (§ 46 Abs. 2 i. V. m. § 12 StVO) .....	338
4. Schwerbehinderte und Blinde .....	339
III. Ausnahmen von verkehrsrechtlichen Anordnungen (§ 46 Abs. 1 Nr. 11 StVO) .....	339
C. Verfahren .....	339
I. Geltung des allgemeinen Verwaltungsverfahrensrechts .....	339
II. Zuständigkeit .....	340
III. Antrag .....	340
IV. Sachverhaltsermittlung .....	340
V. Beteiligung anderer Behörden .....	341
VI. Bescheid .....	341
1. Regelgegeninhalt .....	341
2. Bestimmtheit der Adressaten .....	342
3. Schriftform und Begründung .....	342
D. Rechtsschutz .....	342
I. Rechtsschutz des Antragstellers .....	342
II. Rechtsschutz Dritter .....	343
<b>§ 23 Verbot verkehrsgefährdender Betätigungen und Ausnahmen .....</b>	<b>344</b>
A. Veranstaltungen nach § 29 StVO .....	344
I. Zweck der Verbote .....	344
II. Verbot von Rennen mit Kraftfahrzeugen (§ 29 Abs. 1 StVO) .....	344
1. Verbot .....	344
2. Ausnahme .....	344
III. Sonstige erlaubnispflichtige Veranstaltungen (§ 29 Abs. 2 StVO) .....	345
IV. Großraum- und Schwerverkehr (§ 29 Abs. 3 StVO) .....	346
B. Verbote nach § 30 StVO .....	347
I. Verbot von störenden Veranstaltungen (§ 30 Abs. 2 StVO) .....	347
II. Fahrverbot an Sonn- und Feiertagen (§ 30 Abs. 3 StVO) .....	347
III. Verbot von Sport und Spiel (§ 31 StVO) .....	347
C. Verbot des Hindernisaufbringens und Beschmutzens (§ 32 StVO) .....	348
I. Verbot .....	348

	Seite
II. Ausnahme .....	350
III. Verstoß gegen § 32 StVO als Sondernutzung .....	351
D. Verkehrsbeeinträchtigungen (§ 33 StVO) .....	351
<b>§ 24 Sonderrechte nach § 35 StVO .....</b>	<b>353</b>
<b>§ 25 Durchsetzung von Ge- und Verboten (Abschleppen) .....</b>	<b>355</b>
A. Einführung .....	355
B. Rechtsgrundlage .....	356
I. Gefahr für das oder von dem Fahrzeug .....	356
II. Verstoß gegen Anordnungen durch Verkehrszeichen oder -einrichtungen .....	358
1. Vollstreckbarer Grundverwaltungsakt .....	358
2. Ermächtigungsgrundlage .....	358
3. Vollstreckungsvoraussetzungen .....	359
4. Zuständigkeit .....	360
III. Verstoß gegen gesetzliche Ge- oder Verbote .....	360
1. Gefahr für die öffentliche Sicherheit .....	360
2. Ermächtigungsgrundlage .....	361
C. Allgemeine Grundsätze .....	361
I. Zuständigkeit .....	361
II. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	362
1. Ermittlungsversuch und Wartefrist .....	362
2. Milderes Mittel .....	363
3. Angemessenheit .....	363
III. Kostenerstattung .....	364
1. Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns .....	364
2. Haftungsschuldner .....	364
3. Abschren der Kostenerhebung .....	365
4. Umfang der Kosten .....	365
IV. Prozessuale Grundsätze .....	366
<b>§ 26 Verkehrsrechtliche Haftungsansprüche .....</b>	<b>366</b>
A. Verkehrsregelungspflicht .....	366
I. Verpflichtete .....	366
II. Inhalt der Verkehrsregelungspflicht .....	367
III. Schadenersatzanspruch .....	368
B. Schutzgesetze .....	368
<b>Teil 5: Straßenbaulast, Verkehrssicherungs- und Reinigungspflichten</b>	
<b>§ 27 Regelungsgegenstände und Abgrenzungen .....</b>	<b>369</b>
<b>§ 28 Straßenbaulast .....</b>	<b>370</b>
A. Voraussetzungen der Straßenbaulast .....	371
B. Bestimmung des Straßenbaulastträgers .....	371
I. Grundsätze .....	371
1. Anknüpfung an Klassifizierung .....	371
2. Bundesfernstraßen .....	372
3. Landes- bzw. Staatsstraßen und Kreisstraßen .....	372
4. Gemeindestraßen .....	372
5. Sonstige öffentliche Straßen .....	373
6. Stadtstaaten .....	373
II. Ortsdurchfahrten und Ortsumgehungen .....	373
1. Bedeutung .....	374
2. Begriff der Ortsdurchfahrt .....	374
3. Festsetzung .....	377
4. Abweichende Vereinbarung .....	378
5. Rechtsfolgen .....	379
6. Rechtsschutz .....	380
7. Zusätzliche Ortsdurchfahrten .....	380

	Seite
II. Ortsumgehung .....	380
III. Umleitungen .....	381
1. Begriff .....	381
2. Umleitung über öffentliche Straßen .....	381
3. Umleitung über private Wege .....	382
IV. Unterhaltungslast von Straßengewässern .....	382
V. Private als Träger der Straßenbaulast .....	383
1. Bestimmung .....	383
2. Anlieger .....	383
VI. Kreuzungsrecht .....	384
VII. Übertragung der Straßenbaulast (Sonderbaulast) .....	386
1. Wesen der Sonderbaulast .....	386
2. Übertragung durch Satzung und Verwaltungsakt .....	386
3. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung .....	387
4. Bürgerlich-rechtliche Verpflichtungen .....	387
VIII. Genehmigungspflichten des Straßenbaulastträgers .....	388
B. Rechtsfolgen des Wechsels der Straßenbaulast .....	388
I. Anwendungsbereich .....	388
II. Übergang von Rechtspositionen .....	388
1. Eigentumswechsel zwischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften .....	388
2. Rechte und Pflichten .....	389
3. Verbindlichkeitkeiten aus Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen .....	389
4. Sonstige Nutzungsbefugnisse .....	390
III. Einstandspflicht des bisherigen Straßenbaulastträgers .....	390
1. Unterhaltungszustand .....	390
2. Grunderwerb .....	391
C. Gegenstand der straßenrechtlichen Baulast .....	391
I. Maßnahmen .....	391
1. Aufgaben .....	391
2. Gewöhnliche Verkehrsbedürfnisse .....	393
3. Ausgeschlossene Aufgaben .....	393
II. Umfang .....	394
1. Vorbehalt der Leistungsfähigkeit .....	394
2. Weitere Belange .....	395
3. Sonstige Anforderungen der Sicherheit und Ordnung .....	396
III. Finanzierung .....	397
IV. Warnung vor Gefahrenstellen .....	398
D. Genehmigungspflichten .....	398
E. Ansprüche Dritter gegen Straßenbaulastträger .....	399
I. Nicht bestehende Ansprüche .....	399
1. Anspruch auf Erfüllung der Straßenbaulast .....	399
2. Verkehrssicherungsanspruch .....	400
3. Anspruch auf Einschreiten der Aufsichtsbehörde .....	400
4. Schadenersatzanspruch nach § 823 Abs. 2 BGB .....	400
II. Bestehende Ansprüche .....	400
1. Ausnahmsweiser Anspruch auf Erschließung .....	400
2. Abwehr von Eigentums- und Gesundheitsbeeinträchtigung .....	401
3. Schadenersatz aus Amtshaftung .....	402
4. Sonstige Ansprüche .....	403
F. Ansprüche des Straßenbaulastträgers gegenüber Dritten .....	403
<b>§ 29 Verkehrssicherungspflicht</b> .....	<b>403</b>
A. Rechtsgrundlagen .....	405
I. § 823 BGB .....	405
II. § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG .....	406
1. Maßgeblichkeit bei wegerechtlich öffentlichen Straßen .....	406
2. Folgerungen für Geschädigte .....	408

	Seite
B. Verkehrssicherungspflichtige .....	409
I. Grundsätze .....	409
II. Wegerechtliche öffentliche Flächen .....	410
1. Straßenbaulastträger .....	410
2. Straßenbaubehörde .....	411
3. Verantwortlichkeiten über den eigenen Zuständigkeitsbereich hinaus .....	411
4. Private Betreiber .....	412
III. Tatsächlich öffentliche Verkehrsflächen .....	412
IV. Eisenbahnkreuzungen .....	412
V. Der öffentlichen Straßen benachbarte Grundstücke .....	413
VI. Einschaltung Dritter .....	413
C. Typisierende Merkmale einer VSP-Verletzung .....	417
I. Grund-Formel .....	417
II. Umfassende Interessen- und Güterabwägung .....	417
1. Grundsätze .....	417
2. Maßgebende Gefahr .....	418
3. Abwendbarkeit der Gefahr .....	419
4. Normative Vorgaben .....	419
5. Sorgfaltsmaßstab, Vertrauensgrundsatz .....	419
6. Zumutbarkeit der Gefahrenabwehrung durch den Pflichtigen .....	420
7. Zumutbarkeit der Gefahrenabwehrung durch den Verkehrsteilnehmer .....	420
III. Konkretisierung bei Straßen .....	421
D. Einzelne Anforderungen bei öffentlichen Wegeflächen .....	422
I. Fahrbahn .....	422
1. Mängel der Fahrbahn für Kfz .....	422
2. Durchfahrthöhe .....	427
3. Bankette .....	427
4. Mittelstreifen .....	428
5. Leitplanken .....	428
6. Abgrenzung des Verkehrswegs .....	429
7. Straßenseitengräben und Kanalisation .....	429
8. Abgründe, Vertiefungen, Wasserläufe oder ähnliches .....	429
9. Kontrollen und Instandsetzung .....	430
II. Baustraße .....	430
III. Möblierung und Gestaltung besonderer Verkehrsflächen .....	431
IV. Fahrradweg .....	432
V. Fußweg .....	433
1. Zustand .....	433
2. Kontrollen .....	436
3. Sonstiges .....	436
VI. Parkstreifen .....	437
VII. Parkplatz .....	437
VIII. Mäharbeiten .....	437
IX. Baustellen .....	438
1. Verantwortlicher .....	438
2. Anforderungen an die Baustelle .....	438
3. Warnung durch Verkehrszeichen .....	439
4. Kontrolle der Baustelle .....	440
X. Straßenbäume .....	440
1. Verkehrssicherungspflichtige .....	440
2. Schutz der Verkehrsteilnehmer .....	441
3. Schutz des Nachbargrundstücks .....	445
4. Lichtraumprofil von Straßenbäumen .....	445
5. Fällerlaubnis .....	446
XI. Beleuchtung .....	446
XII. Verkehrszeichen und -einrichtungen .....	447
XIII. Hecken, Bepflanzungen und Gegenstände .....	447

	Seite
XIV. Brücken .....	448
XV. Steinschlaggefahr .....	448
E. Höhe des Schadenersatzes .....	448
I. Umfang .....	448
II. Minderungen der Schadenersatzhöhe .....	449
1. Mitverschulden .....	449
2. Betriebsgefahr .....	450
F. Besonderheiten der klageweisen Durchsetzung .....	450
I. Beweisführungspflichten .....	450
II. Verweisungsprivileg .....	452
<b>§ 30 Straßenreinigung .....</b>	<b>453</b>
A. Abgrenzungen .....	453
B. Straßenreinigung innerhalb der geschlossenen Ortslage .....	455
I. Gemeinde als Verpflichtete .....	455
II. Übertragung auf Anlieger bzw. Berechtigte an erschlossenen Grundstücken .....	456
1. Ermächtigungsgrundlagen .....	456
2. Sachlicher Bezug .....	457
3. Differenzierungen der Verpflichteten .....	458
4. Umfang der Übertragung .....	460
5. Inhaltliche Begrenzungen der übertragenen Pflichten .....	460
6. Bestimmtheit der Übertragung .....	462
7. Rechtsfolgen .....	462
8. Rückübernahme durch Gemeinde .....	463
III. Übertragung auf Dritten .....	463
IV. Inhalt der polizeilichen Reinigungspflicht .....	463
V. Inhalt der Winterdienstpflicht .....	465
1. Grundsätze .....	465
2. Zeitliche Grenzen .....	466
3. Inhalt der Winterdienstpflicht .....	469
VI. Straßenreinigungsgebühren .....	477
1. Grundlagen .....	477
2. Gebührentatbestand .....	477
3. Gebührenmaßstab .....	477
4. Gebührenkalkulation .....	480
5. Gebührenschuldner .....	480
6. Heranziehung .....	482
C. Straßenreinigung von Straßen außerhalb der geschlossenen Ortslage .....	482
I. Reinigungspflicht aus Gründen der VSP .....	482
II. Umfang der VSP bei Winterdienst .....	483
III. Exkurs: Winterdienst jenseits der VSP .....	484
D. Straßenreinigung von nicht wegerechtlich öffentlichen Straßen .....	485
E. Besonderheiten bei Ansprüchen aus Verletzung der VSP .....	485
I. Grundsätze des Amtshaftungsrechts .....	485
II. Beweislasten .....	485
1. Geschädigte .....	485
2. Verkehrssicherungspflichtiger .....	486
III. Mitverschulden des Geschädigten .....	486
IV. Schutzgesetzverletzung .....	487
F. Übermäßige Verunreinigungen .....	487
I. Straßenrechtliche Regelungen .....	487
1. Tatbestand .....	487
2. Umfang der Reinigungspflicht .....	487
3. Kostenerstattungspflicht .....	488
II. Übermäßige Verunreinigung gemäß § 32 StVO .....	488
III. Straßenbaulast .....	488
IV. Verkehrssicherungspflicht .....	488

	Seite
V. Sonstige Rechtsgrundlagen	489
1. Polizeirecht	489
2. Feuerwehr	489
3. Abfallrecht	489
VI. Kostenersatzansprüche der Gemeinde gegenüber dem Straßenbaulastträger	490
Sachverzeichnis	491